

Er scheint täglich nachmitt. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Abonnementspreis monatlich 90 Pf., vierteljährlich 1.80 Mk., halbjährlich 3.60 Mk., jährlich 7.20 Mk. (Post- und Porto). Durch die Post bezogen 1.80 Mk. incl. Postgebühren.

„Die Neue Welt“ (Hilfsunterstützung), durch die Post nicht bezogen, kostet monatlich 10 Pf., vierteljährlich 30 Pf.

Telephon Nr. 1047.
Telegraphen-Adresse: Volkshalle Halle a. S.

Sozialistische

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Muerfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Expedition: Part. 42/43. Geöffnet werktags von 7 Uhr früh bis 7 Uhr nachm. in Redaktion: Part. 42/43. Sprechstunde werktags 1/2-1/2 Uhr mittags.

Inferionsgebühr beträgt für die 8 spaltenweitige Zeile über deren Raum 20 Pfennig. Für ausserordentliche Anzeigen 25 Pfennig. Im rechnerischen Teile kostet die Zeile 70 Pfennig.

Inserate für die halbe Nummer (wenn nicht anders bemerkt) mittags halb 10 Uhr der Expedition angegeben sein.

Erhalten in die Postanstalt.

Rüstungswahnsinn.

Der Reichstag berät jetzt über die unergänzlichen Ansprüche der Marine, nachdem die Budgetkommission dieser Tage bereits mit Hurra die neuen Forderungen für das Landheer bewilligt.

In rasendem Tempo schwellen die Ausgaben von Millionen zu Milliarden — und ein Ende des wahnwitzigen Rennens der Rüstungswahnsinn.

Rüstung für den Völkermord

Ist nicht abzusehen. Die bürgerlichen Parteien sind sämtlich militärisch geworden, nachdem auch der Freisinn schon seit Jahren jede Opposition gegen die Schraube ohne Ende aufgesteckt hat. An dem Verhalten zum Moloch zeigt sich augenfällig, daß die Haltung der bürgerlichen Parteien letzten Endes immer vom Kapitalbesitz bestimmt wird.

Allein die Kapitalisten haben ein Interesse an Militarismus. Einmal weist ihnen der Rüstungswahnsinn fette Aufträge und Profite in den Schoß, zum andern finden Tausende von Erpöhrungen der besitzenden und bevorrechteten Klassen „glänzende“ Stellen und Verordnungen in Armee und Marine.

Vor allem aber dienen Meer und Flotte der Aufrechterhaltung der kapitalistischen Ausbeutungsordnung. Auch das Militär im Innern als wiederholter Machtfaktor die Ansprüche der Arbeiterklasse niederzuhalten, so soll die Flotte nach außen die profitablen Weltmärkte sichern. Das innere und äußere Ausbeutungsgeschäft ist das Rückgrat der bestehenden Klassen und ihrer sozialen und politischen Macht, und Militär und Marine stellen ihre letzten fürchtbaren Machtmittel dar. Da aber alle bürgerlichen Parteien ihre starken Wurzeln in den besitzenden Klassen haben, werden sie von vielen Geschäftsinteressen ihrer Anhänger zur Militär- und Flottenbegeisterung getrieben und gepöhrcht.

Dieser Rüstungswahnsinn, der von den Kapitalisten in allen Ländern getrieben wird (weil er die Lebensfrage für die kapitalistische „Ordnung“ darstellt), bedeutet die fürchtbarste Kriegsgefahr. Der oben Umkehrung aller Logik und tatsächlichen Wirkungen, daß „das Hüften den Frieden verbürge“, beginnen die Wälder allgemach müde zu werden. Die Arbeiterklasse vor allem, die überall die Kosten der Rüstungen und die Opfer beim Völkermord zu tragen hat, erhebt trotz ihrer Agitation gegen die Militarisierung aller Länder und aller Kultur. Die liberalen und anderen bürgerlichen Parteien führen das Wort „Friedensbestrebungen“ salbungsvoll im Munde, aber es wird zur hinlänglichen Anschuldigung, da sie im selben Atemzuge die Vermehrungen der Rüstungen bewilligen.

Allein die denkende Arbeiterklasse hat den Mut der konsequenten Faten für die Friedenspolitik. Ihre Lebensinteressen bedingen Abrüstung und Umwandlung des aggressiven Molochs in ein Volksheer, das nicht als Angriffswaffe, sondern nur als nationale Verteidigung in Frage kommt. Internationale Verständigung durch Friedensgerichte, nicht durch organisierten Massenmord! Diese Forderungen reifen aus dem tiefsten Sehnen des Proletariats nach Frieden, Menschlichkeit und Kultur, sie sind aufreißend und werbend und umspannen die Schaffenden aller Länder, aller Sprachen, aller Rassen. Je toller der Rüstungswahnsinn, um so lauter unsere Forderung: **Abrüstung!**

Und einmal kommt der Zeitpunkt, an dem das Weltkräften zu Ende sein muß. Die Kapitalisten aller Länder wissen das auch und rechnen mit der Gewißheit einer Katastrophe. Das Kapital laugt aus dem größten Unglück der Völker noch seinen Profit, wie die Geschäfte so fürchtbar geleitet. Der Völkermord war oft nicht das schändlichste Geschäft, und gerade nach dem Friedensschluß geschieden die Rüstungsgeschäfte um so besser. Überall sind die Kapitalisten beim Hüften. In Oesterreich legt der Land- und Kassenmoch hier seine Arme auf die Schaftstange des Molochs, wodurch Italien zu neuen Rüstungen gereizt und gewonnen wird. Im ganzen Orient rüstet man, und brennenden Auges lauert das gesamte internationale Kapital, um die Wölfer mit Eisen und Blei auszustaffieren und dann aufeinanderzubehauen. Die Arbeiterklasse hat alle Kraft zusammenzufassen und überherrsicht zu rufen, daß sie einen Weltkampf und Kontinente umspannenden Völkermord zu verhindern die Macht erlange.

Die Arbeiterklasse weiß, daß der Militarismus zum Kapitalismus gehört. Eins ist nicht denkbar ohne das andere. Der Kapitalismus beruht auf der Ausbeutung und Niederhaltung der Arbeiter — und die Ausbeutung und Niederhaltung der Arbeiter wird erzwingen durch die Macht und Gewalt der stehenden Heere. Wer den Militarismus bekämpfen will, muß den Kapitalismus bekämpfen, und wer den Kapitalismus bekämpfen will, der muß vor allem die Rüstungen beschränken.

An der Haltung zur Rüstung und zur Abrüstung scheiden sich klar die Weirer. So wie die sämtlichen bürgerlichen Parteien im Rüstungswahnsinn schwelgen, so muß das gesamte arbeitende Volk auf die Seite der Sozialdemokratie treten.

Den bürgerlichen Parteien diktieren die Kapitalisteninteressen Rüstungspolitik — der Sozialdemokratie diktieren die Lebensinteressen der Arbeiterklasse Friedenspolitik.

Nicht Rüstung, sondern Abrüstung! Nicht stehendes Heer, sondern Volkswehr!

Der Völkermord wird erst mit dem Sozialismus gestrichelt sein!

Aus dem Reichstage wird uns geschrieben: Der Reichstag begann am Montag die Beratung des Marineetats. In den 90er Jahren hätte bei solcher Gelegenheit das Haus den Eindruck eines sogenannten großen Tages erlebt, und August Scherl hätte ein halbes Duzend Photographien auf die Tribünen postiert, um die Wägen des Staatssekretärs, die Uniformen am Bundeskanzleramt und die zu schauenden Herren und Damen in die Woche zu bringen. Dazumal lebte noch der grimmige Freisinn des von Dragen, Eugen Richter, damals geritz das Zentrum nach Plottenpläne, agitierte Diederich Dahn gegen die größte Flotte und proklamierete die Rechte mit schöner Offenheit ihr „kein Kanig, keine Kähne“. Doch die Zeiten sind vorüber. Heute ist die ganze bürgerliche Welt flottenfröhlich geworden. Die Junker fürchten keine Freilandbewilligungen mehr von der Flotte. Herr Erzberger läßt die Wehrausgaben vorm Reichsmarineamt steigen und Adler vierter oder selbst dritter Größe horsten an den göttigen Männerbüsten bewährtester, freisinniger, fortschrittlicher Volksmänner. Raum noch ist es den Rassen, den Semmler und den Arndt möglich, sich in der unterschiedelosen Masse der Flottenfrömmen durch besonderen Eifer hervorzutun. Ueberlebensfragen erwarten man nicht, und so geht die Beratung des Marineetats schlicht und schmutzlos, als ob es sich um eine Rechnungssache handle, in Szene. Mäßig belebtes Haus, mäßig belebte Tribünen. Eine kurze Geschäftsordnungsdebatte über die Ausdehnung, die man der Beratung des Reichs Staatssekretärs geben soll, und dann flüchtet Herr Erzberger auf die Tribüne und überflücht den alten „Sechsern“ Tripp mit wahren Kennen von Rosenfeld. Herr von Tripp ist, wie alle Rären, gar nicht unempfindlich gegen solche Viehschlingen. Und dann kommt der bürgerliche Junker aus Mecklenburg, Herr Dröschel, und wird, obwohl seine schauernde Stimme sich gar nicht recht dazu eignet, noch gärtlicher gegen den Staatssekretär, um den uns, wenn anders Herr Dröschel recht hat, die ganze Welt so beneidet, wie sie uns vor November 1908 um Wilhelm II. beneidet hat. Zwischenbüch — und das steht ihm viel besser — weiterr der Sprecher der Junkerpartei gegen die Sozialdemokratie und sucht die Seizer über die beschäftigte Steidung der halben Zulage mit den schönen Ansichten zu trösten, die ihnen dann ihrem Marineminister im Zivil ersuchen. Eigentlich müßten sie noch was darauf zahlen, hing es zwischen den Jellen. Darauf greift Herr von Tripp diesen knospenförmigen Gehirnen an und macht ihn tiefer noch weiter aus, nachdem er in Erwiderung des so reichlich spendenden Vohes mit den leichten Rären, das Zuleiblands schmatzende Käse angesetzt hat — bildlich natürlich.

In das Adm der allgemeinen Darmenübungen steht endlich der starke Wind der Kritik. Gen. Ledebour hält den selbstzufriedenen Flottenkapitän die Menschheitspflicht der Abrüstung vor, er zieht die Konsequenz aus dem konservativ-gouvernementalen Seizertritt: ausübende Admirale haben gute Aussichten bei Berlin u. S. o., also mögen sie an die Marine gehen für die gelobten Zukunftsbirge, die sie ihnen eröffnet. Und dann kommt unser Redner auf die Kriegervereinbarnde des Großadmirals Prinz Heinrich. Schwerin-Waldow setzt sich in Politik und greift lampenrichtig zur Glode. Aber er kommt nicht in die Lage, sie zu schwingen. Kröckerlicher Hausrechtsgelbst Herrin noch und nicht am Königspfad und außerdem hat Prinz Heinrich aus schon einmal gegen die Konventionen geredet, weshalb die patriotische Götterwelt, die bei jeder Sohlenkammererhöhung plündernd die Rechte überziehen muß, diesmal nur andeutungsweise in Erscheinung tritt. Die Prinzenerwählung veranlaßt Tripp zu der wüsten Verwahrung. Sie fällt recht häufig aus und Ledebour führt nochmals den oben erwähnten Seemann in einer persönlichen Bemerkung grüßlich ab. Und so schloß denn der Tag besser als begonnen. Am Dienstag geht es weiter.

Das Aufsträken. Aus Berlin wird gemeldet: Eine militärische Kommission hat gestern den bekannten Flieger Alfred Fran zwei Jahre mit einem Motor angetaucht. Die Flugmaschinen werden in den nächsten Tagen nach Döberitz überführt werden, damit hat sich die Zahl der in Höhe der Militärflugschule befindlichen Luftfahrzeuge auf acht erhöht.

Kulivirtschaft als Endziel.

Am 1. März werden es genau fünf Jahre sein, seit das Reich unter der Herrschaft der agrarischen Großgrundbesitzer gestiftet ist. Die Masse der Bevölkerung hat in dieser Zeit an die Grundbesitzer eine Kontribution bezahlen müssen, die den Betrag der französischen Kriegsentwähigung von 1871 bei weitem übersteigt. Kurzerhand doch der Weltreichsoll allein eine Steigerung der inländischen Getreidepreise, deren jährlicher Effekt von agrarischer Seite auf 600 Mill. Mt. geschätzt wird, während sie in Wirklichkeit weit über 800 Millionen betragen dürfte! Abgesehenhals März pro Kopf shall jede deutsche Familie jährlich zu Schup und Rippen der Störnerbau treibenden Landwirtschaft, d. h. vor allem des Großgrundbesitzes. Die Bereicherung von Fleisch, Milch, Wolleerzeugnisse usw. ist in dieser Bedingung noch gar nicht mitzuberühren.

Nur es den Großgrundbesitzern gelungen, mit Hilfe einer jährlichen Weidensubvention, die alles in allem mit einer Milliarde nicht zu hoch geschätzt ist, in den von ihnen beherrschten Gegenden gesunde wirtschaftliche Verhältnisse zu schaffen! Auf diese Frage geben die Verhandlungen des Reichstages am letzten Sonnabend abschließend wurden. In diesen Verhandlungen wurde festgestellt, daß die Entlastung des platten Landes im Osten überhand nimmt, daß die sogenannte Landarbeiterfrage, die Frage der Beschaffung ländlicher Arbeitskräfte, immer brennender wird, daß der Mangel der intelligenten arbeitssfähigen Elemente in die Industrie ununterbrochen fortbauert. Trotz der ungeheuren Opfer, die die Stadtbevölkerung der Landwirtschaft bringt, werden also die in der Landwirtschaft herrschenden Arbeitsverhältnisse von den ländlichen Proletariats als unerträglich empfunden. Diese fleißigen Leute, die im Schwelge ihres Angehies die Weder des Oflens befehlen, haben gar nichts davon, daß der „notleidenden Landwirtschaft“ geholfen worden ist. Bloß die Junker, die Großgrundbesitzer sind schimwelen vor dem Bankrott gestet — sehr zum Schaden unserer allgemeinen politischen Zustände. Diese gefürchte Katastrophe kann bestimmt sich desto üppiger, je reichlicher sie auf Staatskosten gestiftet wird.

In seinem Referat über die Arbeiterfrage führte Prof. Seitz den Gedanken aus, was den Landarbeiter in die Stadt treibe, sei vor allem „das Gefühl, sozial zurück zu stehen“. Und vorzüglich deutete er an, daß die Stellung des Lebens auf dem Wege der Fortbildung der Arbeitsverfassung zu suchen sei. Aber diese andeutungsweise Anregung des Referenten, die Leute unabhängig zu behandeln, damit sie nicht davonlaufen, fand bei den Herren keine Gegenliebe.

Als erster sprach in der Debatte Graf zu Kanthausen-Moslow, der nach dem Bericht der Deutschen Tageszeitung u. a. ausführte:

Die Zeit sei nicht mehr fern, wo man aus dem Inlande nur noch die gehobenen Stellen der Landarbeiter (Köge, Weirführer) werde beziehen können. Man mühte die Landwirtschaft möglichst durch Maschinen zu erleiden finden und sich im übrigen aus dem Auslande, schlimmstenfalls, ehe die Weder brachliegen bleiben, durch Kuliv Erlaß schaffen.

Alle Maßregeln gegen die Landkultur der Arbeiter seien nur Palliativmittel. Die größte Gefahr bestehe in dem Fortdauern der Sozialdemokratie auf das flache Land. Wenn man der Sozialdemokratie gegenüber noch länger das Brunsch des laisser faire, laisser passer anwende, wenn man noch länger dulde, daß Leute, die offen die Republik als ihr Ziel begreifen, in den Reichstagen und in den Landesparlamenten an der Macht teilhaben, dann werde die Sozialdemokratie bald genug auch das flache Land erobern.

Der Landratsdirektor v. Dersberg meinte: Wenn es nicht gelinge, einen Landarbeiterstand zu erhalten, so muß der Großgrundbesitzer zugrunde gehen und damit würde eine Zuleitung der Monarchie wanken. Der Landrat a. D. v. Kötzing regte den Erlaß eines Gesetzes an, durch das die Abwanderung der jungen Leute vom Lande verboten werden soll. Das Landes-Oekonomikollegium wählte Herrn v. Kötzing in die händige Kommission zur Bearbeitung der Landarbeiterfragen.

Mit anerkennenswerter Deutlichkeit haben die Junker im Reichstages Landes-Oekonomikollegium das Endziel ihrer agrarischen Konventionen Politik enthüllt. Ausnahmegefesse gegen die Sozialdemokratie, Ausschluß der Sozialdemokraten aus den Parlamenten, Aufhebung der Freizügigkeit und Ergründung des heimischen, weder heilig gemachten Arbeiterstandes durch einseitige aber im höchsten Maße unethische Konkurrenz. Es ist wirklich eine Ironie des Schicksals, daß diese Verhandlungen just an demselben Tage stattfanden, an dem die Agrarier im

Annahme verknüpft werden soll. Eine beträchtliche Ausfüllung der gegenwärtigen Dauer der Wahlen hält er ebenfalls für notwendig, doch zweifelt er, daß die allgemeinen Wahlen in allen Wahlkreisen an ein und demselben Tage erzielt werden können.

Ueber diese entgegenkommende Erklärung des Ministerpräsidenten könnte man sich freuen, wenn er nicht schon früher ähnliche Versprechungen gemacht hätte, ohne doch bisher etwas daraus geworden wäre. Immerhin ist der Ton und der Inhalt der letzten Erklärung viel bestimmter, als bei früheren Anlässen. Mit Bezug auf die Frage des Frauenstimmrechts ist zu bemerken, daß Aquilotti stets ein offener persönlicher Gegner desselben war. Aber die Ansichten des Kabinetts sind geteilt, und deshalb hat die Regierung schon vor Jahren beschlossen, die Frage der freien Erhebung des Unterhauses zu überlassen, vorausgesetzt, daß das Frauenstimmrecht auf einer demokratischen Grundlage eingeführt werde. Aus diesem Grunde haben z. B. auch Lord George und Churchill das beschränkte Frauenwahlrecht bekämpft. Wird die weitere von Aquilotti verprochene Vorlage zur Einführung des allgemeinen Männerwahlrechts eingebracht, dann würde, wie anzunehmen ist, ein Zusatzartikel, der dieses allgemeine Wahlrecht auf die Frauen ausdehnt, nicht die Gegenerschaft der Regierung finden.

Frankreich.

Bekämpfung des Lebensmittelwuchers.

Der französische Ministerrat beschloß, in einigen Tagen in der Deputiertenkammer eine Novelle zum Strafgesetzbuch einzubringen zur Unterdrückung des wucherischen Ankaufs von Lebensmitteln. Handelsminister Dupuy lenkte die Aufmerksamkeit des Justizministers noch besonders auf den zu Spekulationszwecken stattfindenden Ankauf von Spiritus.

Rußland.

Der Kampf der Studenten.

Die Studentenschaft von fünf Universitäten, nämlich von Petersburg, Moskau, Kiew, Odessa und Charkow, hat beschlossen, bis zum Ende des laufenden Semesters im Streik zu verharren. D diesem Beschluß haben sich angeschlossen die Studierenden von neun anderen Reichsbürger Hochschulen angeschlossen; diese Anstalten sind: das Bergwerk, die höheren weiblichen Kurse, das Politechnikum, das weibliche medizinische Institut, das elektrotechnische Institut, die weiblichen Höheren, die höheren pädagogischen Frauenkurse, das pädagogisch-neurologische Institut und die weiblichen polytechnischen Kurse. Petersburg, 14. Februar. Die Polizei befehlt gestern alle Hochschulen, in denen gestreikt wird. Die Vorlesungen fanden unter polizeilichem Schutze statt. In der Universität kam es zu einem großen Haggenemenge, wobei einige Verlegungen vorliefen und Verhaftungen erfolgten.

Warschau, 14. Februar. Einige Professoren der hiesigen Universität beweideten die Interdikt über eine vom Rektor vorgelegene Adresse an den Zaren und reichten lieber ihren Abschied ein.

Türkei.

Die innenpolitische Lage.

gestaltet sich von Tag zu Tag immer schwieriger und verwickelter. Der Stand der Ministerkrise ist ernst. Sali Bey weigert sich, das Ministerium des Innern zu

übernehmen. Ein außerordentlicher Ministerrat wird eine endgültige Entscheidung über die Ministerkrise fällen.

Nach ist das Ende des Aufstandes im Jemen nicht abzusehen, und schon erhebt die Revolution in Albanien wieder drohende Haupt. Die Führer des wildesten albanesischen Stammes haben dieser Tage eine Konferenz abgehalten, in welcher beschlossen wurde, der türkischen Armee künftig keine Rückzug mehr zu liefern und auch die Zahlung von Steuern zu verweigern. In der ganzen Gegend von Brindisi sind unter die albanesische Bevölkerung revolutionäre Aufreize verteilt worden. Der für den Frühjahrbeginn angekindigte Aufstand gewinnt somit immer mehr an Wahrscheinlichkeit. Es bestätigt sich weiter, daß das zum großen Teil aus Albanesen bestehende Redifbataillon in Ohlange erklärt hat, revolutionieren zu wollen, wenn man es zwingt, nach dem Aufstandsgebiet im Jemen abzugehen. Auch die Reservisten aus Proodos und Kallabaste haben, als sie in Saloniki eingeschifft werden sollten, dagegen Protest erhoben. Nur mit großer Mühe gelang es den Offizieren, die Disziplin aufrechtzuerhalten.

Die arabischen Aufständischen

marschieren in großen Massen gegen Obeida, welches dadurch ernstlich bedroht wird. Die Beduinen des Haurangebietes haben sich erst nach vier heftigen Gefechten, welche für sie mit großen Verlusten verknüpft waren, den Türken ergeben. Von anderer Seite wird auch gemeldet, daß die Cholera im Jemen im Zunehmen begriffen ist.

Mittelamerika.

Schreckensherrschaft in Haiti.

Nach einem in Washington eingegangenen Telegramm aus Kap-Haitien (Haiti) sind der General Chapuiset, der Führer der Aufständischen, die Guanaminth einnahmen, und General M'Chael Godin, der die Aufständischen gegen Port-Liberte führte, von Regierungstruppen gefangen genommen und auf der Stelle erschossen worden.

Der Präsident der Republik Haiti, Simon, hatte eine Versprechung mit dem Konsulatskorps, das bemüht ist, den Schwierigkeiten ein Ende zu machen, und gab die Versicherung ab, daß keine weiteren Aufständischen hingerichtet werden sollen.

Ämlich wird die Revolution für beendet erklärt. Die Konsulate sind mit Flüchtlingen überfüllt.

Das neueste Revolutionen in Nicaragua.

In Nicaragua, wo erst im vorigen Herbst nach dem Siege der Aufständischen der frühere Präsident Madriz abgesetzt wurde und der Anzulgentengeneral Estrada den Präsidentensessel eingenommen hatte, ist eine neue Revolutionsbewegung ausgebrochen. In Managua sind die Unionismagazine nahe dem Palast des Präsidenten explodiert, die Ursache ist unbekannt. Der Platzungsplatzhand ist erklärt worden. Der Präsident und seine Familie sind im amerikanischen Konsulat in Sicherheit.

Verantwortlich für Leitartikel, Politische Hebericht, Vortradrichten Paul Hennig, für Ausland, Gewerkschaftliches, Feuilleton und Vermischtes Karl Bod, Lokales Otto Niebuhr, Provinziales und Verammlungsberichte Gottl. Casparel, sämtlich in Halle.

Die heutige Nummer umfasst 10 Seiten.

Literarisches.

Die Batterie. Eine Einführung in das Reich der Mikroorganismen. Von Dr. Adolf Reib. Gehobenes Bändchen der kleinen Bibliothek. Mit Abbildungen. Preis broschiert 75 Pf., gebunden 1 M. (Vereinsausgabe 50 Pf.) Verlag von J. B. Metz, Stuttgart.

Dieses Büchlein will vornehmlich zeigen, daß es sichere Ergebnisse emfiger und oft gefahrvoller Fortdortätigkeit sind, welche die neue Wissenschaft, die Bakteriologie, zu ihrer Bedeutung gebracht haben. Am Bett des Siedens, in der Siedung, in unseren Ausdehnungsstoffen, im Erdboden sind die Bakterien tätig. Unhöflicher wirken sie Grobes, Jemen wir sie kennen, so erschrecken sie uns, aber zugleich freuen wir uns über ihr Wirken, über ihr geregeltes, einträchtliches Tun, denn sie sind die wichtigsten Wirtter, die unschätzbaren dienstbaren Helfer im Haushalt der Natur.

Nicht alles konnte in dieser Schrift vereinigt werden. Sie soll nur das Interesse am Weiche der Mikroorganismen wecken und eine allgemeine Kenntnis darüber ermöglichen.

Die Gesundheitslehre erzieht durch die Bakteriologie einen wichtigen Grund und Boden. Nachdem die Gefährlichkeit der Krankheitserreger erkannt wurde, fand man und wird noch weitere Mittel und Wege finden, sie erfolgreich zu bekämpfen. Doch der Inhalt des Büchleins auch dieser Richtung hin Gutes zeugen möge, ist der innige Wunsch des Verfassers.

Nehmen Sie nicht das Billigste, sondern das Preiswürdigste!

Eine schlechte Ware ist um jeden Preis zu teuer bezahlt, während ein guter Walzaffee sein Geld immer wert ist, weil er sich

durch seinen Wohlgeschmack, durch seine Ausgiebigkeit, durch seine Bekömmlichkeit bezahlt macht. Es liegt deshalb in Ihrem Interesse, wenn Sie immer Kathreiners Walzaffee verlangen. Kathreiners Walzaffee hat sich seit über zwanzig Jahren bewährt.

Der Erhalt macht's!

Nur noch wenige Tage.

Schluss-Ausverkauf

wegen Geschäfts-Auflösung.

Mittwoch früh 9 Uhr beginnt mein

Reste-Ausverkauf

Reste sind für Kleider, Kostüme, Blusen, Kinderkleider, Röcke passend.

Viel Geldersparnis für die Konfirmation!

Reste sind in Serien, ohne Unterschied der früheren Preise, eingeteilt!

Reste	Wollstoffen	Wert	28 Pf.	Reste	Zephyr	38 Pf.
	Musseline	bis			Kleider-Velour	
Reste	Hemdentuch	50 Pf.	48 Pf.	Reste	in Kinder	78 Pf.
	Barchent	Gallerie-Borten			zum Aussuchen Meter	
Reste	Wollmusseline	Wert	48 Pf.	Reste	Halbwolle, doppelt	98 Pf.
	Hauskleiderstoffen	bis			zum Aussuchen Meter	
Reste	Halbwolle	125 Pf.	48 Pf.	Reste	in Wollmusseline	78 Pf.
	Musseline	Kinder-Schotten			zum Aussuchen Meter 58 u.	
Reste	Blusenstoffen	zum Aussuchen Meter 58 u.	48 Pf.	Reste	Ballstoffen	200 Pf.
	zum Aussuchen Meter 58 u.	Blusenstoffen			zum Aussuchen Meter 98 u.	

Seiden-Reste zum Aussuchen Meter 98 Pf.

Hönicke, am Leipziger Turm.

Laden-Einrichtung, Beleuchtungskörper, Schaukästen zu jedem Preise.

Inner-Preußisches.

Mit einem moralischen Erfolg der so kleinen sozialdemokratischen Fraktion begann die Montagssitzung des preussischen Reichstages. Bekanntlich hat die Hindische Obstruktion der schwarzblauen Mehrheit den Senatzenonten befristet und so mügte die Mehrheit mit ihren Vätern über die Entscheidung vor das Haus treten. Unsere Genossen haben zum Etat des Ministeriums des Innern einige Resolutionen eingebracht, die sich auf Aufhebung der Gefängnisstrafe, Milderung des Bagabundengesetzes und eine Reform des Fortbildungsgesetzes bezogen. Über gerade diese Materien hätte die Junter und Heiligen am liebsten gar nicht besprochen und sie machten durch den Abg. v. Zedlitz einen Vorstoß, der die in den Resolutionen ermittelten Fragen aus der Etatsdebatte ausgeklammert hätte. Der energische Widerpruch unserer Genossen, denen sich auch der Volksparteiliche Fischel anschloß, bewirkte, die Befristung zu erdulden, daß in der Etatsdebatte über alle politischen Fragen uneingeschränkt gesprochen werden würde. Befürchte der Senatzenonten, so wäre dieser Erfolg nicht vor der ganzen Öffentlichkeit erzielt worden: wozu ein Sieg des Abgeordneten?

Während der Besprechung sprach der Konserbative von Sohier für die staatsbürgerliche Freiheit der Landräte, denen die Einkünfte nicht einmal die Staatsbürgerrechte gewähren wolle. Bedenke wäre man verführt, die armen Landräte mit ihren Genossen im Lande, den Eisenbahnarbeitern und Postbediensteten zu verwechseln. Doch zu wenig Genossen wird dem Zentrumsmann einzugestimmt. Wenig Bemängelung der famosen Rede, in der sich Herr v. Jagow freudig und tabelnd mit den disziplinlosen Monarchisten beschäftigte hatte, stellte Herr v. Dallwitz ein beglücktes Lob auf diese Vermählung autoritärer Gesichtspunkte durch den Polizeikommandanten gegenüber. Wo allen Senatzenonten der Zutritt zum Respekt verweigert, kann natürlich der Polizeikommissar nicht zurückbleiben. Heutzutage hat er seinen größten Schwierigkeiten gemacht. Herr von Zedlitz sagte, der Landrat dürfe sich nicht als Agent der Regierung fühlen. Heute ist es allerdings eher umgekehrt:

Die Regierung ist der Agent der Landräte, die Landräte aber sind die Agenten der Konserbativen. (Sehr gut bei den Soz.) Das beweist vor allem die Handhabung des Versammlungsgesetzes. Aufsehen erregt hat das Verbot der Versammlungen in Frankfurt am Main, wo Jaurès und Vandervelde nach Kopienlagen in französischer Sprache sprechen sollten. Sie sollten nur sprechen dürfen, wenn sie nicht über den Jaren sagen würden. (Hört, hört! bei den Soz.) Daraufhin haben sie deutsch gesprochen, sind also um so besser verstanden worden. — Nach Ansicht einer Reihe von Autoritäten ist die

überlebten Gesetze

schleppen wir uns in Preußen herum. Ich erinnere an die Gefängnisstrafe, das Bagabundengesetz, das Platzgesetz. Von den Konserbativen wird das Platzgesetz fast täglich bezerrt. (Sehr wohl bei den Soz.) Eine ganze Reihe von Regierungspräsidenten hat insgesamt 2000 Exemplare der Reichsverbandschrift: Die Sozialdemokratie als Arbeitsgeberin angeschafft. Gegen diese Art von Verwendung der Steuererlöse protestieren wir entschieden. Wenn wir aber Zuschriften zur Befämpfung der Schmähschriften unserer Gegner verdrängen wollen, werden uns von der Polizei die größten Schwierigkeiten gemacht. Herr von Zedlitz sagte, der Landrat dürfe sich nicht als Agent der Regierung fühlen. Heute ist es allerdings eher umgekehrt:

die Regierung ist der Agent der Landräte,

die Landräte aber sind die Agenten der Konserbativen. (Sehr gut bei den Soz.) Das beweist vor allem die Handhabung des Versammlungsgesetzes. Aufsehen erregt hat das Verbot der Versammlungen in Frankfurt am Main, wo Jaurès und Vandervelde nach Kopienlagen in französischer Sprache sprechen sollten. Sie sollten nur sprechen dürfen, wenn sie nicht über den Jaren sagen würden. (Hört, hört! bei den Soz.) Daraufhin haben sie deutsch gesprochen, sind also um so besser verstanden worden. — Nach Ansicht einer Reihe von Autoritäten ist die

Senatzenonten

bei uns aufgehoben, in der Tat aber besteht sie. Gute Stühle, in deren Gestülte als Lumpen hingestellt sind, fenne ich nicht. Meint Herr Ling etwa Angenbräuer? Aber in diesen Stühlen richtet sich der Kampf nur gegen Antikritiken, nicht gegen Verleumdungen. In Berlin wohnt sich die Polizei darüber, daß der Geistlichkeit nichts angetan wird. So dürfte die Dame von Magin nicht aufgeführt werden, die nicht der Geistliche darin in einen — Scherz vorwandelt war. (Hört, hört! links.) Der Redner befruchtigt das Verbot von Wehden's Frühlings-Reden in Königsberg. In Berlin dürften auch Gefänge sibirischer Gefangener im Kolonial nicht vorgeführt werden. (Hört, hört!) Eine solche Darstellung des „naastischen Strafvolkes“ in Mufelband sollten bei uns die Ruhe und Ordnung fördern. (Heiterkeit.) Das kann nur lächerlich wirken, ebenso lächerlich wie die Umänderung des Satzes in einem Stück: „Der Weg zu meinem Schlagschlag geht nur durch die Kirche“, in „durch die Kirche“. (Heiterkeit.) Wie kulturhistorisch diese Bestrebungen sind, beweist das Vorgehen gegen die Freie Volkshöhne. (Sehr wohl bei den Soz.)

Die Freie Volkshöhne leistet seit zehn Jahren wirkliche Kulturarbeit, die ihr den Wohlstand der Gebildeten einbringen hat. Herr von Jagow wolle es vorhehalten, die seit 1896 bestehende Berufsfreiheit angreifen. Er hat wieder bewiesen, daß

Kultur- und Berufsfreiheit nur noch bei der Sozialdemokratie Schutz finden.

Emdend ist die Praxis vieler Gemeinden in der Handhabung des obigen zu prüfen. (Sehr richtig bei den Soz.) Die Lebenshaltung des Oberverwaltungsgerichtes ist nur die Folge der Gesetzverletzungen der unteren Behörden. So werden vielfach die Statutenverletzungen infolge des Sonderprivilegs bei der Aufnahme in die Wählerliste berücksichtigt. (Hört, hört! links.) In einem Falle haben Kreis- und Bezirksausschüsse eine Beschwerde gegen die Ungeheuerlichkeit zurückgewiesen. Das Oberverwaltungsgericht hat unsere Klage natürlich stattgegeben, offensichtlich werden sich die Gemeinden demnach richten. Der Magistrat zu Nordorf beugt bei der Bildung der Wählerlisten das Recht, obgleich das Oberverwaltungsgericht seine Praxis für ungültig erklärt hat. Wie verlangen sein Eingreifen des

Ministers, dazu steht uns die Selbstverwaltung zu hoch, aber wir werden so lange an die höheren Instanzen gehen, bis uns das gesetzliche Recht gewährleistet ist. (Sehr wohl bei den Soz.) Der Landrat v. Osten in Königsberg i. N. hat eine Versammlung wegen „Verletzung der öffentlichen Sicherheit“ verboten, weil nach einem Bericht eines Amtsvorstehers nach einer anderen Versammlung ein Ueberfall stattgefunden habe. (Hört, hört! bei den Soz.) Das Oberverwaltungsgericht hat der Beschwerde stattgegeben, weil eine Verletzung der öffentlichen Sicherheit nicht begründet sei. Was nicht aber die große Anzahl solcher nachträglicher Verfügungen.

die Versammlungen sind doch vereitelt!

Es macht den Eindruck, als ob die Landräte sich verabschiedet hätten. Gründe für Versammlungsverbote nicht anzugeben, aber die Herren wirken nur als unsere besten Kritiker. (Sehr wohl bei den Soz.)

Tras dem Reichsverbandsgericht aus heute noch, wie in Halle, sozialdemokratische Versammlungen nachlässig überwacht, so sogar Gewerkschaftsversammlungen, und man begründet das damit, das Oberverwaltungsgericht habe noch nicht entschieden, ob das nach dem Reichsverbandsgericht zulässig sei. (Hört, hört! links.) Sozialdemokraten durch die Polizei ist noch wie vor an der Landesordnung, in Greifswald-Grümmen haben auch die Freiwirtschaften ihre Erfahrungen machen müssen. In Oberhessen ist ein solcher Fall durch eibliche Auslassung eines Geheimpolizisten gerichtlich festgestellt. Von der Polizei werden schwarze Listen über Gewerkschaften geführt, die ihr Vorkal der Sozialdemokratie zur Verfügung stellen. Diese Gefährdungsmittel ist fast schlimmer als im Vormärz. (Unruhe rechts.) Wollte ich alles mit zugegangene Material vorbringen, müßte ich 24 Stunden reden. Die Herren, denen ich zu lange rede, mügen dafür sorgen, daß das Zensurregister nicht ein zu großes ist. (Sehr gut bei den Soz.) Die ausländischen Arbeiter, insbesondere die Hüttenarbeiter, werden in Preußen als Rechtlose behandelt. Auch die Ausweisung des französischen Journalisten wegen einer Kritik an der Reichsfinanzkommission über Arbeit kann unter Ansehen im Ausland nicht stehen. Ein Handelsgelehrter, der von Oesterreich nach England wollte und ein Privatpaar, das von Wien nach England reiste, wurden in Rheine verhaftet und per Schub zurückbefördert, ihr Geld wurde ihnen genommen, die Verpflegungskosten des Geleitpolizisten ihnen aufgerechnet und sie noch beim Gehirnwäsche betrogen, das alles, weil sie keine deutschen Schiffsfahrten hatten. (Hört, hört! bei den Soz.) Der Minister hat sich bei Besprechung

der Monarchisten Vorgänge

mit den Tatsachen in Widerspruch gesetzt und mit den Feststellungen des Gerichts. Professor Schwabe hat bemerkt, daß es gar nicht möglich ist, die Polizei zu kontrollieren, wenn sie auf Grund des Polizeivertrages es sei mit Steinen gemornt worden. Ich weiß nicht, ob Viktor Schöbel auch zu den Jauern gehören will, von denen Abg. von Zedlitz unter Mißbrauch seines Abgeordnetenrechtes behauptet hat, daß sie unter dem Eide wahrheitsgemäß ausgesagt hätten. (Sehr gut bei den Soz.) Nach gerichtlicher Feststellung hat das Ministeramt auf einen Schömann mit dem Monarchisten Linsen gar nichts zu tun. Tatsachen beweisen, daß der Schild der Polizei durchaus nicht so rein ist, wie der Polizeipräsident in seiner Kaiser-Geburtsstagsrede behauptet hat. Jene, die nichts mit der Sozialdemokratie zu tun haben, haben bewiesen, daß

die Polizei in solchen Fällen und grundlos auf Leute eingeschlagen hat,

die an Straßenbahnhaltestellen warteten, auf Leute, die bereits am Boden lagen oder einzelne in die Straße entlang gingen. Die an der Niederwegelung Hermanns schuldigen Polizeibeamten werden

sicher nicht gefunden werden,

weil man sie nicht finden will. (Sehr wohl bei den Soz.) Durch die brutale Klammung von Völkern, durch die Prügelungen auf Polizeiwachen haben sich Herr von Jagow und seine Garde zu Vorkritikern der Sozialdemokratie gemacht. Wie konnte die Polizei dazu, Stitzerte in barockförmiger niederrätiger Weise

auf der Wache zu misshandeln

oder der Hinnege auf dem Kupferischen Kohlenplatz wie milde Tiere vorzunehmen? Selbst Polizeimeister Klein und Leutnant Holte haben die Urteil über die Polizei nicht aufrecht erhalten können, aber der oberste Vorsteher der Schutzmannschaft hat sein Urteil noch nicht zu revidieren nötig gehalten. Der Minister protestiert dagegen, daß man allgemeine Vorwürfe gegen die Kirche erhebe, aber er selbst schiebt der Sozialdemokratie die Schuld an den Monarchisten Vorgängen zu. Es unterliegt keinem Zweifel, daß in Monarchisten

Landfriede

tätig gewesen sind, wie werden es in dem Prozeß gegen den Vorwärts nachweisen. Der Minister wird sich ja damit ausreden, daß die Mehrheit des Landtags seinen Standpunkt teilt. Gewiß, aber die Mehrheit des Landtags ist nicht die Mehrheit des preussischen Volkes. Eine Volksvertretung wird der Landtag erst nach der Wahlreform sein. Der Minister will aufheben die Reichstagswahlen abwarten. Wenn aber, wie ich hoffe, die Reichstagswahlen für die Rechte und das Zentrum vernichtet ausfallen, so wird man den Landtag als reaktionäres Gegenstück gegen den Reichstag erhalten wollen und fallen die Wahlen etwa zum Nutzen der Regierung aus, so wird sie erst recht nicht an eine Wahlreform denken. Wir werden dem reaktionären Dreieckiger Jagow, Wehmann und Dallwitz zum Trotz! (Rehobles Bravo bei den Soz.)

Präsident von Kroschke ruft den Redner nachträglich wegen des Ausdrucks zur Ordnung, daß die Polizei Stitzerte in niederrätiger Weise auf der Wache misshandelt hat. Hierauf verlagst sich das Haus.

Abg. Frhr. von Zedlitz (freisinn.) persönlich: Ich werde mich durch sozialdemokratische Angriffe nicht abhalten lassen, die Wahrheit zu sagen, daß die Reigenausagen minderwertig sind, die von sozialdemokratischen Daß eingeben, von der sozialdemokratischen Presse beeinflusst werden. (Zurufe bei den Soz.: Unwahrscheinlichkeit.)

Abg. Fischel (Soz.): Was ich gesagt habe, entspricht den Tatsachen. Von dem, was Herr von Zedlitz gesagt hat, steht nicht ein Wort im Urteil. Dienstag 11 Uhr: Fortsetzung.

Gewerkschaftliches.

Der Lohnbewegung der Bergarbeiter im Ruhrrevier. Am 12. Februar fand in Bochum eine von den drei Organisationen, Alter Verband, Politische Berufsvereinsung und Gewerkschaft der Bergarbeiter (G. D.) einberufene allgemeine Konferenz der acht Delegierten statt. Der Zweck der Konferenz war, die Berichte über die stattgefundenen Sitzungen der Arbeiterausschüsse entgegenzunehmen, in welchen über die von den drei Verbänden gestellten Forderungen verhandelt worden ist.

Mit den Berichten über die Arbeiterausschüsse sind folgende für die Öffentlichkeit von Interesse: die Forderung einer 15prozentigen Lohnsteigerung wurde von allen Gewerkschaften einstimmig abgelehnt. Diese abstoßende Haltung bewirkte die Verabschiedung der am 20. Februar in Bochum abgehaltenen Sitzung der Arbeiterausschüsse. Ferner hinderte sie die endgültige Konfirmation, die geordnete Lohnsteigerung zu bewilligen. Diese Konfirmation zwänge sie, ihre Forderungen zum Teil unter dem Vorbehalt festzulegen, nicht weiter zu verhandeln.

Eine Anzahl Gewerkschaften haben aber auch Verabschiedungen gemacht, die keine sofort ausbleiben. Unter anderen hat die Zeche Rindler verabschiedet, die Löhne um 30 Pf. pro Schicht zu erhöhen. Victoria Mathias will die besonders niedrigen Löhne aufheben um die gleiche Höhe zu erhalten. Mehrere Gewerkschaften wollen ihre „Wohlfahrtsvereine“ ausbauen, um dadurch der allgemeinen Teuerung entgegenzutreten. Daß die Arbeiter unter dem herrschenden Teuerung leben, haben mehrere Gewerkschaften einstimmig anerkannt, aber betont, an der Teuerung seien sie nicht schuld, sondern die Parteien, die für die hohen Löhne gestimmt hätten. Der Direktor der Zeche Wipperfurth meinte, die Arbeiter sollten sich wegen der Teuerung dem Zentrum beschweren. Besonders hervorzuheben zu werden verdient aber noch: daß die Herren Gewerkschaften bei der Ablehnung einer 15prozentigen Lohnsteigerung auf den „christlichen Gewerkschaften“ berufen haben. Es wurde angeführt, alle Arbeiter wollten ja gar nicht eine 15prozentige Lohnsteigerung, besonders die „christlichen“ nicht.

Die Forderung wegen des Zwangsarbeitens nachweises ist von allen Gewerkschaften abgelehnt worden. Die Herren behaupten, der Arbeitsnachweis sei eine „Wohlfahrtsvereinsung“, die sie mit großen Dilettanten für die Arbeiter geschaffen hätten, die ihnen eigentlich dafür dankbar sein sollten.

Das ganze Verhalten der Gewerkschaften, besonders die Form, in der sie ihren abstoßenden Standpunkt begründen, kommt der Verhöhnung der Bergarbeiter gleich. Ob das auch den Konserbativen zum Bewußtsein gekommen ist, geht aus dem Bericht nicht hervor. Jedenfalls waren sie aber einmütig der Ansicht, daß die sogenannten „Bergarbeiter“ der Gewerkschaften keine Verabschiedungen und für die Bergarbeiter keinen Vorkriterium wert sind! Einstimmig herrschte aber darüber, daß die Konserbativen eine wesentlich andere Haltung eingenommen hätten, wäre der christliche Gewerkschaften gemeinsam mit den anderen Organisationen vorgegangen. Er ist daher mit verantwortlich zu machen dafür, daß bei der Bewegung bisher nicht mehr erzielt wurde.

In der anschließenden Diskussion, an der sich Delegierte aller drei Organisationen beteiligten, sprachen sich die meisten Redner, mit Rücksicht auf die laufende Verhandlung der Gewerkschaften, gegen einen sofortigen Streik aus. Der Kampf solle vertagt werden, um abzuwarten, ob die Gewerkschaften ihre gegebenen Versprechen einhalten werden. Aber es soll auch den „Christlichen“ die Hauptverantwortung genommen werden, der sie angelich hindert, sich der Lohnbewegung anzuschließen. Sie behaupten ja, der Verband habe die Lohnbewegung injiziert wegen der bevorstehenden Reichstagswahlen.

Es wurde beschlossen, von den drei Organisationen ein gemeinsames Flugblatt herauszugeben, worin die Bergarbeiter über die Verhältnisse aufgeklärt werden sollen. — Eine in diesem Sinne gefasste Resolution wurde mit 349 gegen 69 Stimmen angenommen.

Das Zentral-Schiedsgericht für das Sauerrevier

tritt am 16. Februar d. J. zu seiner ersten Sitzung in Berlin (Reichstagsgebäude) zusammen. Vorgelesen sind drei Verhandlungsprotokolle: Donnerstag, Freitag und Sonnabend. Ob es in dieser Zeit den vorliegenden Stoff befähigen wird, ist allerdings fraglich. Auf der Tagesordnung stehen 106 Beschwerdeschriften, die zusammen 145 Streitpunkte umfassen. Von den den Verbänden bis jetzt vorgelegenen 67 Beschwerdeschriften sind 42 vom Arbeitgeberbund für das Sauerrevier eingebracht, acht von dem Deutschen Bauarbeiterverband und dem Zimmererverband gemeinsam, sechs vom Deutschen Bauarbeiterverband allein, drei vom Zimmererverband allein, zwei vom christlichen Bauarbeiterverband allein und eine vom Deutschen Bauarbeiterverband und dem christlichen Bauarbeiterverband gemeinsam. In den überbrachten Fällen (42 von 67) sind also Arbeiter-geberverbände Beschwerdeführer. In der Mehrzahl dieser Fälle werden Einmütigkeiten an die Arbeiter gemacht, die man als Lohn auf einen paritätischen Tarifvertrag beziehen kann.

Wasserstände.

(+ bedeutet über, — unter RMW.)			
Ort	12. Febr.	13. Febr.	14. Febr.
Alten, Brückenseel.	+0,54	+0,54	—
Alten, Dörpapel.	+2,01	+2,01	— 0,02
Alten, Unterpegel.	+1,96	+1,42	— 0,06
Alten, Oberpegel.	+2,42	+2,44	— 0,02
Alten, Unterpegel.	+0,14	+0,22	— 0,08
Alten, Oberpegel.	+1,66	+1,80	— 0,14
Alten, Unterpegel.	+2,41	+2,34	0,07
Alten, Oberpegel.	+1,26	+1,38	— 0,11
Alten, Unterpegel.	+1,51	+1,49	0,02
Alten, Oberpegel.	+0,54	+0,56	— 0,02

Es geschah die Redaktion von 1/2 bis 1/2 Uhr

Halle und Saalkreis.

Halle a. S., den 11. Februar 1911.

Aus dem Stadtparlament.

Einen langollen Aufsatz hat die gestrige Sitzung. Der Oberbürgermeister konnte den Stadtverordneten mitteilen, daß der jüngst verstorbenen schwererke Herr Veltke in Gemeinschaft mit seiner Frau der Stadt ein Geschenk von 1 1/2 Millionen Mark in bar und einem Grundstück, das reichlich 1/4 Million Mark wert ist, gemacht habe. Beide Werte des Dankes und der Freude knüpfen sich an diese Kunde.

Wir haben uns gewöhnt, auch solche Dinge nicht nach dem Schein, sondern nach ihrem Werte zu beurteilen. Und wenn wir uns einen Augenblick weichenhaft sein lassen über den Charakter des Geschehens, seine vom Oberbürgermeister gleichzeitig auszusprechende Bestimmung hätte uns sofort Klarheit bringen müssen. Die bedeutende Summe soll der Jugend für gute Dienste. Nicht nur Minderjährige sollen mit ihr unterhalten werden, auch die reifere Jugend soll an ihren Erträgen partizipieren. Herr Veltke hätte hierbei die Verbindung mit der allgemeinen Jugendfürsorge her, wie sie jetzt geplant und zum Teil auch schon eingeleitet wird. Diese Reichsjugendfürsorge unter der Leitung eines Notensgenerals hat im Vergleich dazu durchaus realistische Absichten. Sie soll dem Vordringen der freien Jugendbewegung ein Ziel setzen, zu welchem Zwecke von Weibchen wegen einer Million zur Verfügung gestellt worden ist. Ein Teil der anderthalb Millionen des Herrn Veltke soll ähnlichen Zwecken dienen, wenn auch die Worte des Herrn Veltke einen klaren Sinn haben. Es ist erstens, wenn gerade diese Jugendförderung des Oberbürgermeisters bei den Bürgerlichen lebhaftere Befriedigung hervorruft. Im übrigen wollen wir nicht verkennen, daß für die Kinder der Vermittler in Halle noch manches zu geschehen hat und daß dabei die Stiftung noch auch gute Folgen zeitigen kann. Wie wenig hier bisher geleistet und geleistet konnte, beweist ja die Debatte. Die vor kurzem im Stadtparlament ein 5000 Mark für arme Kinder geplantes worden ist. Aber auch diese Voraussicht kann uns nicht veranlassen, in den überaus glänzenden Jubelstimmung der Bürgerlichen einzustimmen. Es ist die Pflicht der Medien gegen die Allgemeinheit über den angekauften Mehrwert nicht im Sinne idiosyncratischen Egoismus zu verfügen, eine Pflicht, die allerdings über im aufrechten vernunftgemäß als auch nur einigermaßen erfüllt wird.

Vor dieser Mitteilung gab der Oberbürgermeister eine andere, die das Volkstakt direkt angeht. Er wies den Vorwurf der objektiven Unparteilichkeit zurück, der ihm vor acht Tagen an dieser Stelle gemacht worden. Es handelt sich dabei um die beliebte Verhöhnungsangelegenheit des Lokalredakteurs vom Volkstakt. Seine Behauptung ging dahin, daß der Name des Genossen nicht genannt und auch nicht etwa wesentlich die Unparteilichkeit geäußert hätte. Das letzte ist ihm nicht anders gesagt worden. Ausdrücklich wurde Herrn Veltke vorgeworfen, daß er sich über die fragliche Angelegenheit nicht hinreichend informiert habe, sonst hätte er wissen müssen, daß tatsächlich der Regierungsrat die Polizei desanwortet hat. Auch das stimmt, daß Herr Veltke den Namen des Redakteurs nicht genannt hat. Er beschränkt sich aber so genau, daß ein Verstum über die Verleumdung ausgeschlossen ist. Herr Veltke stellt also richtig, was wir nicht behauptet haben. Hiermit erledigen sich auch die abnormen Bemerkungen der hiesigen Zeitung zu der Sache.

Mit der gestrigen Sitzung fand die Glatscherung ihrer Ende. Das war schon bei Eröffnung des Entwurfs zum Haushaltsplan hervorzuheben, nämlich die unzuverlässige Festsetzung des Steuerumsatzes, die Unerschöpflichkeit um, konnte gehen anlässlich der Beschlußfassung über die Gemeindeforderungen abermals unterfragen und getadelt werden. Wenn auch alle diese Mängel im System begründet liegen, so muß die unabhägige Kritik des Verlethers dennoch wirken, wenn nicht im Laufe der Stadtverordneten, so doch außerhalb, wo die Wähler wohnen, die am Ende dieses Jahres ihr Wort über die Stadtwirtschaft abzugeben haben.

Nach ein Demonstrationsprozeß.

Das Reichsgericht hatte sich am Montag nochmals mit einem Demonstrationsprozeß aus Halle zu beschäftigen. Der Maurice Adolfs Stumpf ist am 22. Oktober v. J. vom Landgericht Halle a. S. wegen Aufruhrs zu vier Wochen Gefängnis verurteilt worden, nachdem ein früheres Urteil auf seine Revision aufgehoben worden war. Am 6. Februar 1910 wollte die Polizei am Reichsbankbrunn beschreiben, daß die Teilnehmer der im Volkspark abgehaltenen Versammlung durch die

Stadt nach Hause gingen. Der Angeklagte befand sich in der vordersten Reihe und entfernte sich, wie es im Urteile heißt, nicht, trotz mehrfacher Aufforderung. Er gab schließlich an, er müsse ein Rezept aus der Apotheke am Markte holen. Ein Schuhmann wurde beigegeben und es ergab sich, daß man in der Apotheke von seiner Medizin für ihn etwas wollte. In seiner Revision behauptete der Angeklagte, es habe für ihn gar keine Möglichkeit vorgelegen, sich zu entfernen, da vor ihm die Schuhmannstube und hinter ihm die anderen Demonstranten waren. Das Reichsgericht erklärte in dessen auf Verwerfung der Revision, da das Urteil jetzt weder nach der objektiven noch nach der subjektiven Seite Wecheln erregte.

Wir finden daß das Urteil tatsächlich bedenklich ist, denn von einer Beilegung darüber, daß der Beurteilte sich rechtswidrig in einer Zusammenrottung befunden habe, läßt es nichts verstanden. Es ist doch jüngst erst entschieden worden, daß jemand wegen Aufruhrs erst dann strafbar sei, wenn er mit Absicht und Bewußtsein an einer Zusammenrottung teilgenommen.

Der heitere Publikum.

Der am Montagabend ein zahlreiches Publikum nach dem Ballspiel gefährt habe, hat etwas aus dem Rahmen der bisherigen künftlerischen Veranstaltungen des Bildungsvereins. Nicht zwei Beiräte und Robbin das Exerier schwangen, das gegen gründlichste irgendwelche Einmengen zu machen, wäre töricht. Aber man darf das verlangen, daß auch bei Darbietungen heiterer Art eine gewisse künstlerische Höhe eingehalten wird. Und das kann von dem Programm des Kunstabends am Montag nicht in jeder Hinsicht gesagt werden. Daran ändert die nicht eben erhebliche Tatsache, daß auch die anstehenden Vorträge bei den Konzerten nicht noch großen Anhang fanden, durchaus nichts, sondern sie jetzt im Gegenteil, welche erhebliche Aufgaben hier noch zu erfüllen sind! Complex wie: Niemand in Mäuser singt, den, nebenbei bemerkt, auch noch das Odium der Militarismusverherrlichung anhaftete, und auch der Musikernormen von Schmidt, sollte man ruhig dem — Einzelgänger überlassen. — Im übrigen aber brachte der Abend auch eine ganze Reihe vortrefflicher Darbietungen, wie ohne weiteres anerkannt werden muß. Von den Wirtinnen, der Opernsängerin Reulien Seidens, den Opernsängerinnen Mante und Marion, dem für Musik Vorleser und Kapellmeister Hillner, dem von Stadtkapellmeister in Leipzig, war es namentlich August Proff, der sich durch seine originelle und ausgesprochene Vortragweise, mit seinem trockenen und gerade deshalb ähnelnden Humor die Herzen der Anwesenden im Sturm eroberte. Die stärksten Wirkungen erzielte er mit den beiden famos vorgetragenen Gellertischen Reden: Das Anglied der Weiber und Die glückliche Ehe. Doch auch nach seinen übrigen Vorträgen mußte er sich zu Jugaberen verhalten. Nur vergriff er sich mit der Serenissimus-Juchtausgeschichte, die bei verschiedenen Anwesenenden einen mehr peinlichen Eindruck hinterließ, einmal in der Wahl eines für den Abend und für die Arbeit ein Publikum kaum geeigneten Textes. Kränlein Sande — enttäuscht zunächst mit zwei Liedern von Strauß ein wenig, bevor aber nach und nach das ausgesprochene Tempo ihrer sehr sympathischen Stimme und musikalische Beherrschung mit dem empfindungsreich und innig vorgetragenen Liedchen von Schwarzwaite viel Beifall zu erlangen. Auch sie ließ sich bereitwillig zu einigen Jugaberen herbei. Nicht geringer war der Erfolg, den die Herren Marion und Kunze mit ihren humoristischen Beiträgen davontrugen. Die treffliche Art seines Vortrags ließ bei Herrn Marion den fehlenden Schmelz seines Tenors und auch die teilweise Unbeholfenheit der Aussprache so ziemlich übersehen. Herr Kunze, der über einen prägnanten, wohlklingenden Bass verfügt, konnte durch eine etwas lebendigere Vortragweise nur noch gewinnen. Als tüchtiger Begleiter am Flügel beherrschte sich Herr Kapellmeister Hillner. — Sämtliche Darbietungen der Künstler fanden, wie schon gesagt, ein überaus dankbares und beifallsfreudiges Publikum.

Wohnungsinspektion in Halle.

Die städtische Wohnungsinspektion beschränkt sich in den hiesigen Klammern einen Bericht über ihre bisherige Tätigkeit, den wir nachstehend unseren Lesern ebenfalls unterbreiten. Aus der Tatsache, daß man die Arbeiterpresse bei den Veröffentlichungen der Inspektion brüht übergeben ist, läßt sich auf den Geist schließen, in dem diese Tätigkeit ausgeübt wurde und wird. Wenn im Schlussanfrage des Berichtes gesagt wird, daß die Bevölkerung Halles der neuen Einrichtung bis jetzt mit großer Beschäftigung entgegenkommen ist, so beweist das, daß namentlich die arbeitenden Klassen der Wohnungsverhältnisse gemeinamer Arbeit auf dem Gebiete der Wohnungspflege größere Einsicht entgegenbringen,

als die Wohnungsinspektion selbst, die an dem Walle vorübergeht, mit dem sie eigentlich am meisten zu arbeiten beflissen sein müßte.

Nach dem Kränlein Doktor, das die Wohnungen inspiziert, aber die im allgemeinen Körperlichkeit mögen vorliegende Ausbesserungen nicht als bestehende Mängel im Berücksichtigung nehmen. Da sie selbst die nach allgemeiner Auffassung verständigste Erzielung ihrer publizistischen Aufgaben nicht wählten, wollen sie uns freundschaftlich fern bleiben. Wir können unter Verzicht ohnedem erklären. Der Bericht lautet:

Durch die seit dem 1. Januar in Halle bestehende Wohnungsinspektion sind im Monat Januar 35 Häuser einer Beschäftigung unterworfen worden. Die Zahl der unterliegenden Wohnungen in diesen Häusern betrug 246. Die Inspektion erstreckte sich hauptsächlich auf Häuser der Altstadt und ergab, daß die alten Häuser fast alle nicht den hygienischen Anforderungen entsprechen. Die Abwehrverhältnisse a. B. sind, insofern wie die Zahl der Aborte als ihre Einrichtung betrifft, ganz unbeständig. Nur ein Teil ist durch die Inspektion selbst, resp. die Verlethener einen Abort besaßen. Die Hygiene verlangt, daß jede Mietspartei ihren eigenen Abort hat. Zudem sind sämtliche Aborte ohne Spülung. Die Entlastung geschieht nicht nur durch eine Vorfluter und der eine durchbebaute Hof wird mit den Gerüchen geschwängert. In den Häusern selbst ist die Faule meist klein und niedrig. 10 Kubikmeter Luftraum sollen die zum Schlafen benutzten Räume jedem Erwachsenen bieten. Im Durchschnitt liegt der für die Person vorhandene Zeitraum auf 6, 5, in bis auf fast 3 Kubikmeter. Diese Räume sind meist mit einer größeren Anzahl Personen in der e engen Zimmern untergebracht. Die Luft ist in den Hauptgebäuden gilt heutzutage eine Höhe von 2 1/2 Meter. Und was findet man in diesen alten Häusern, die ihrer Nutzung ein, zwei Jahrhunderte zurückzuführen? Drei Meter, 2 1/2 Meter 2 1/2 Meter sind sehr häufig anzutreffende Räume mit 1 1/2 Meter, 1 1/2 Meter Höhe angetroffen wurden. Eine Tatsache, die eigentlich nicht als „Mietraum“ bezeichnet werden dürfte. Denn es sind nicht etwa leerstehende Räume, Räume, die aus verengtem Zeit, die noch nicht müde, wie Licht und Luft in der sich befinden, das sogar bedeuten, übrig gelassen sind, die jetzt nur zur Aufbewahrung von Sachen dienen, nein, es wohnen Menschen in ihnen. Kinder wachen in ihnen auf und sollen sich zu arbeitstüchtigen und arbeitstüchtigen Menschen entwickeln. Und doch haben während ihrer Kindheit in diesen Räumen gelebt, in denen die nie ein Sonnenlicht fällt, die nie von Licht durchstrahlt durchwacht und desinfectiert werden. Die Schäden, die daraus entstehen, sind Fleischlich, Wutarmut usw., geminderte Leistungsfähigkeit im ganzen, ganz abgesehen davon, daß solche Mängel die Zubereitung der Nahrungsfälle sind.

In den bisher untersuchten Häusern die Beschaffenheit der Wohnungen meist die Ursache des dichtgedrängten Schlafens so ist aber auch in vereinzelten Fällen an der Überbelegung der Schlafräume die Gemohnheit schuld, eine „gute Stube“ einzuräumen, und sämtliche Betten in eine Stube, die sich einmündigen, zu einmündigen, in ein Sofa, ein Tisch, der Platz beansprucht, irgend so ein Möbelstück, das durchaus einen Ehrenplatz in der Stube einnehmen muß und dem die Betten von Eltern und Kindern weichen müssen. Da steht dann der gute Schrank in der guten Stube in seiner alten Pracht, aber die Lebenden, die Eltern und die Kinder, die sich nicht erlauben sollen, schlafen in dem hintersten Teil der Wohnung in der hintersten Kammer. Aber wie sieht das aus, wenn jemand kommt und es sieht ein Bett in der Stube! Gut sieht es aus, da weiß man sofort, hier wohnen einträgliche Leute. Die wissen, was sie ihrer und ihrer Kinder Gesundheit schuldig sind, die wissen, daß die Menschen nicht die Höhe, die die Hauptstädte sind. Den 1. Raum, die mandant wirklich helle, idone Stube gebührt den Lebenden, nicht dem Verlethens. Wenn diese Auffassung doch erst den Familien in Fleisch und Blut übergegangen sein möchte!

Reben den Mißständen, die zum größten Teil in der Bauart der alten Häuser ihre Ursache haben, gibt es andere, die nur durch Verengung von Raum und Wohnung entstanden sind. Schmutzige serzifische Tapeten, gelochter Wand- und Deckenputz, schadhafte Ausbuden, schlecht schlüssende Fenster usw. waren in überreichen Maße zu finden, lauter Schäden, welche bei der Behandlung der Wohnung vermieden werden können. Sehr oft kommt es vor, daß neue Mieter in die von den früheren Inhabern verrotteten Räume einziehen, ohne daß auch nur die geringste Aufrechterhaltung und Ausbesserung vorgenommen worden ist. Doch dann in einer solchen schlecht gehalten Wohnung die neuen Bewohner sich niederlassen, so ist der Sorgfalt in der Behandlung der Räume verpflichtet fühlen, wenn aus nicht entschuldbar, so doch immerhin begründlich. Es ist übrigens die Beobachtung gemacht worden, daß in Häusern, die leitens der Verleth in gutem Zustande gehalten waren, auch die Wohnungen der Mieter sauberer waren, eine Erfahrung, die auch in anderen Städten gemacht worden ist. Ein Beweis, daß das „Mittel“ doch einen Einfluß hat, und daß ein sorgfältiges Instandhalten des Hauses eine Erziehung des Mieters zur sorgfältigen Behandlung der ihm anvertrauten Räume mit sich bringt. Es gibt viele Mieter, die einer solchen Erziehung bedürfen. Viele Frauen ist

Kluge u. sparsame Herren

Herrn-Anzüge	jezt von 42.— bis	7 ⁹⁰ +
Burschen-Anzüge	jezt von 24.00 bis	5 ⁹⁵ +
Knaben-Anzüge	jezt von 9.50 bis	1 ⁶⁵ +
Herrn-Winter-Paletots	jezt von 52.— bis	9 ⁹⁰ +
Herrn-Wlster	jezt von 38.— bis	9 ⁹⁵ +
Posten Burschen-Paletots	jezt nur 11.— 9.50 bis	6 ⁷⁵ +
Solide Herren-Stoffhosen	jezt 10.50 bis	1 ⁶⁵ +
Arbeiter-Hosen	jezt von 3.95 bis	95 Bt. +

Loden-Pelerinen	jezt von 8.50 bis	2 ²⁵ +
Herrn-Zoppen	jezt von 10.50 bis	3 ⁹⁵ +
Knaben-Zoppen	jezt von 4.50 bis	1 ⁷⁵ +
Elegante Herren-Westen	jezt von 6.50 bis	1 ²⁵ +
St. Kollen Konfirmanden-Anzüge	jezt von 23.— bis	6 ⁹⁵ +
Herrn-Anzug- u. Paletot-Stoffe, Knaben-Cheviots u. Futterstoffe zu ganz erstaunlich billigen Preisen.		

Der Total-Ausverkauf wegen vollständiger Auflösung, Halle u. G., Leipzigerstraße 1,

dauert nur knapp zwei Monate. Bis dahin müssen die großen Bestände unbedingt ausverkauft sein.

Verkaufszeit: Von 9—1/2 Uhr und 2—7 Uhr; Sonntags von 8—1/2 10 Uhr und 1/2 12—2 Uhr.

Die Laden-Einrichtung steht spottbillig zum Verkauf.

Richard Warsow.

Zeitung zum Volksblatt.

Nr. 39

Halle a. S., Mittwoch den 15. Februar 1911

22. Jahrg.

Deutscher Reichstag.

126. Sitzung. Montag, den 13. Februar 1911, nachm. 2 Uhr.
Zweite Beratung des Marine-Etats.

Die Sozialdemokraten beantragen, für das Maschinen-, Kanonen-, Artillerie-, Artillerie-, Mechaniker-, Feuerwerker- und Seemannspersonal, dem durch die Neuordnung des Jahrganges der Zulassung entzogen sind, werden die Zulagen in der bisherigen Höhe wiederhergestellt und hierzu wird im Kapitel 52 der Titel Zulassungsbudget auf 2.500.000 Mk. nemmen.

Abg. Erxberger (Str.): Die deutsche Flotte ist keineswegs auf Schanden gebaut, der Schiffsbauer unserer Flotte ist größer als der auf andere getrimmte Teil. Unsere Marineverwaltung hat mit relativ geringen Mitteln mehr zur Begründung der Flotte getan, als die anderen Staaten mit größeren Mitteln. Der innere Ausbau der Marine, die Veranschlagung tüchtiger Mannschaften und Offiziere ist jetzt die Hauptfrage, die gelöst werden muß.

Wenn nicht auch diese letzten Maßnahmen getroffen werden, kann die Flotte nicht erfolgreich sein, und sie werden leichter den Axtschliff der Kriegskosten des Jahrganges wecheln als der Staatssekretär die Prozenten von 14 Millionen erzielen. Es ist zu billigen, daß in Zukunft alle Zulagen nicht mehr geteilt werden sollen. Alle Zulagen sind an sich verneinend, das Gehalt ist auskömmlich. Ein Streit ist entstanden bei den Zulagen des Maschinen- und Seemannspersonals. Sie erhielten bisher

20 Pf. pro Tag, die Seemanns wurden fünf. Die Kommission hat sie ihnen für die Tage wieder bewilligt, an denen sie arbeiten. Dient als Seizer tun, das ist unangehörig die Hälfte der Tage des Jahres. Das ist ein weitgehendes Entgegenkommen. Der weitestgehende Antrag der Sozialdemokraten hat nicht überlebt, da sie in dem Jahrgang, in dem der ganze Etat abgehen (Jahres b. d. Soz.) wie sie ja auch jüngst wieder eine Beibehaltung der Meistersverhältnisse freier abgelehnt haben. (Beifall.)

Abg. Dr. Böhm (Str.): Der Etat hält sich im Rahmen des Budgetgesetzes. Der Etat hält sich nicht leicht geworden sein, jedenfalls konnten wir ihn durch (Beifall rechts). In der Marine hat sich allseitige Anerkennung erteilt. Auf dem Gebiet der Marine und Seemannspersonal hat die Verwaltung bedeutende Fortschritte gemacht. Die Weidungsplanung, die den Wertbetrieb bis in die kleinsten Einzelheiten hinderte, hat sich hierüber überzeugen können. (Fort. hört.) Die Meier Vorbeurteilung sind ganz unzureichend verallgemeinert worden. Nicht nur die agitativen Zwecken aufgestellt ist die Behauptung, daß auf Kosten der Mannschaften zugunsten der Offiziere geteilt worden sei. Was die Seizer betrifft, so sind wir prinzipiell der Ansicht der Marineverwaltung, daß sie ebensowenig wie die anderen Kategorien einen Anspruch auf besondere Entschädigung für die Erfüllung ihrer Dienstpflicht haben. Aus Mangelerscheinungen heraus sind wir aber für die Berücksichtigung eines Antrags, an denen sie nicht als Seizer Dienst tun, lehnen jedoch alle weitergehenden Anträge ab. Wir lehnen daher den agitatorischen sozialdemokratischen Antrag ab, der an

die Begehrtheit der Seizer

appelliert. Natürlich möchten die Sozialdemokraten den Geist nationaler ungenügender Minderheiten erlösen. Wenn dieser Geist aber erlosch, wird werden Arme und Marine zu stumpfen Wesen. (Recht. Zeit. rechts.) Mit Recht vertritt sich der Staatssekretär die Genehmigung außerhalb der Verwaltung lebender Verbände in die Arbeitsbedingungen der ihm unterstellten Betriebe. Diese Arbeitsbedingungen bedeuten keinen Gewinn in der gewöhnlichen Sozialversicherung. (Recht. b. d. Soz.) Möge der Staatssekretär erfolgreich weiterarbeiten an der gesunden Entwicklung unserer glänzenden Seemacht. (Beifall rechts.)

Staatssekretär des Reichsmarineamts von Tirpitz: Nur auf Grund des Budgetgesetzes ist es möglich, die Flotte zu erhalten, wie es gefordert ist. Das unzureichende nicht ausreichende Budget ist für jeden Deutschen selbstverständlich. (Sehr richtig! rechts u. l. Str.) Bei den Zulagen wünschte der Reichstag eine Messung mit dem Ziel der Erparung. Sollte das erreicht werden, so konnte man nicht einfach den den Mannschaften aufwärts an die Zulagen freistellen, sondern

bei den Mannschaften Zulagen freistellen.

Bei den Kapitänen war es nicht möglich, denn deren Zahl dürfen wir nicht verringern, sie sind das Knochenmark der Marine. So blieb nur übrig, die Zulagen der Seizer zu beschränken. Gleich haben auch die Seizer einen schweren Dienst, aber doch nur zeitweise, wenn außer der Zeit gehen, was sich schon aus ökonomischen Gründen selbst versteht. Es kommt hinzu, daß die Arbeit der Matrosen in vieler Hinsicht bei der Seizer gleichwertig ist und die Matrosen keine Zulagen haben. Der Antrag, den Seizern die volle Zulage wieder zu gewähren, veranlaßt Summen, die aus dem Marineetat nicht herauszuführen sind. Die Kommission hat die halbe Zulage wieder hergestellt, auch diese Summe war schwer herauszubekommen, doch wird das durch rationelle Wirtschaft auf den Werken möglich sein. (Beifall rechts, u. l. Str. und b. d. Reif.)

Abg. Ledebour (Soz.):

Die Vorredner haben den Staatssekretär mit Lob überhäuft, und dieser hat zum Dank dafür sie wieder gelobt. Er hat sich benommen, wie ein alter christlicher Seebär.

Der nach dem Orient verlagene, dort von zwei Orientalen gelobt wird und in ungezügelter Weise die Kobbubelein erwidert. (Seitens.)

Die Fragen, die mit der Kriegsmarine zusammenhängen, die gar nicht zu erörtern, ohne daß das Gebiet der ungenügenden Wirtschaft wird. Das ist zu müssen wir verlangen, daß bei allen Gelegenheiten der Reichstagler und der Minister des Innern jeder Rede und Antwort stehen. (Recht. Zeit. b. d. Soz.) Das ist ein so notwendiges, als es immer mehr braucht wird, das Budget des Reichsmarineamts und des Seemannspersonal an das Ende der Einkommensliste zu stellen. Die Rechnungen auf die Gehaltslisten des Seemannspersonal sollten verbietet. (Sehr richtig! links.) Heutzutage ist die heutige

Kostenüberwälzung

Seizern, und sehr gut b. d. Soz.) auch keine ernsthafte Gefahr. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Voraussetzungen sind, daß wir bei allen Überforderungen das Gehalt der Mannschaften ist selbstverständlich anzuerkennen, wenn Männer, die im

Dienst der Flotte durch unglückliche Zufälle in Todesgefahr geraten, sich als Männer bewähren, wie es bei dem Unfall des Unterboots gefahren ist. Diese Anerkennung männlichen Mutes hat aber mit der Frage, ob wir eine Flotte in diesem Umfang haben müssen, nichts zu tun. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Herr Erxberger erklärt das Flottenbudget für ganz angemessen. Nur in einer Nebenbemerkung ließ er einfließen, er wolle kein sachmässiges Urteil über die Leistungen im Rahmen des Budgetgesetzes abgeben, er vertrete das nicht. (Sehr richtig! links.) Herr Erxberger hat die Unterboots nur der, daß Herr Erxberger mit den Kobbubelein über diese Leistungen nicht zurückgehalten hat. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Ich danke sehr herzlich, daß das Flottenbudget so zur Ausführung gebracht ist, daß alles erreicht ist, was erreicht werden sollte, sondern für uns liegt die Frage, ob alle Argumente für die Aufrechterhaltung und Weiterentwicklung einer so großen Flottenflotte nicht auftreten, um dem deutschen Volk

Abg. für Jahr solche Diner aufzulegen.

(Recht. b. d. Soz.) Herr Erxberger sagt, die Flotte ist notwendig damit der deutsche Handel ein gleichberechtigter Faktor werde mit dem anderen Verkehr. Aber die Entwicklung des deutschen Handels hängt nicht von einer großen Flottenflotte ab, sondern von der Leistungsfähigkeit des deutschen Volkes von der Entwicklungsfähigkeit unserer Industrie, von der hohen technischen Ausbildung des deutschen Arbeiters. (Recht. Zeit. b. d. Soz.) Weiter wird gefragt, die Flottenflotte leistet nicht zum Schutz des Handels, aber man kann nicht jedem Handelsstift ein Artilleriegeschütz zur Seite stellen, im Krieg ist das Handelsstift stets der Kapererei ausgeliefert. Um den Handel zu schützen müssen Kriege überhaupt verhindert werden, und wenn sie doch ausbrechen, müssen sie in einer Form geführt werden, daß die Handelsstift nicht so gefährdet sind wie bei dem heute geltenden Seerecht. (Fort. hört.)

Reinberührung der Kriegskosten

haben die Arbeiter aller Länder das größte Interesse, und die Sozialdemokraten aller Länder arbeiten darauf hin. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Aber Recht! trägt dazu bei, die Kriegskosten zu entlasten und zu vermindern. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Herr Erxberger und auch Herr Erxberger sagen, die Flotte ist nicht zum Schutz des Handels, das was wiederum die Minister in allen anderen Ländern a. d. Aber das müssen wir

eine Straube ohne Ende

und befreit nicht die Kriegskosten, sondern erhöht sie. Um sie zu befreien, haben wir die nationale Pflicht, die Kriegskosten im eigenen Lande zu vermindern. (Recht. Zeit. b. d. Soz.) Herr Erxberger hat sich in der Rede über die Flotte nicht zum Schutz des Handels, das was wiederum die Minister in allen anderen Ländern a. d. Aber das müssen wir

freibühnenreine Tirpitz

nichts. (Gr. Zeit.) Eine wirkliche Beteiligung der Kriegskosten liegt in der Einschränkung der Flotte, und darauf arbeiten wir hier und außer Seemannsgenossen in England. (Recht. Zeit. b. d. Soz.) Herr Erxberger hat sich für den Fall des Ausbruchs eines Krieges das Seerecht abgehandelt. An diesem Punkt muß man sich nicht überlegen, sondern die englische, aber die englische Regierung stimmt, diesen Widerstand nur noch als ein Kompensationsobjekt zu betrachten für die Einschränkung der deutschen Regierung zur Einschränkung der Flotten, und schon deshalb hat man es für notwendig gehalten, unter anderem zu drängen, daß Verhandlungen eingeleitet werden. (Recht. b. d. Soz.) Wenn der Staatssekretär hierzu beiträgt, wird er nicht bloß einen Anreiz geben, sondern auch ein etwas gegen zur Verbesserung des Krieges. (Recht. Zeit. b. d. Soz.)

Herr Erxberger hat die Frage in einer meiner Parteifreunde sprechen. Den Kapitänen, sagt der Staatssekretär, kann die Zulage nicht genommen werden, den armen Dienstpflichtigen aber soll sie genommen werden, und ein offizielles Blatt, das in der einen Richtung totalen, in der anderen Teil der Zulagen, hat sich die meiste Berechnung geleistet, aber ich glaube, daß selbst der renommierte Erxberger (Str.) und der noch renommierte Dröbner (erneute Str.) es ablehnen, diese Streichung angesetzt zu haben. Reichsminister und Reichsmarineamt möchten die Verantwortung von sich abwälzen und lassen die Entscheidung über die Zulagen. Ich habe das Reichsmarineamt hat im Verdacht, daß die Zulage von ihm ausgeht und finde es nicht schön, daß sich Herr von Tirpitz, der alle ehrliche Seemann (frümmliche Str.), so gar nicht über den Klippung der Idee äußert. Im übrigen wird es heute im Ansehen von Tirpitz, hat sich die Streichung der Zulage freistellen, und ein Seemann, hat er haben unangenehmen Dienst. Das haben wir nie bestritten. Die Seizer, führte er weiter aus, lernen bei der Marine wohl, daß sie eigentlich noch etwas draus abgeben müßten. (Große Str.) Die Kommissare dieser Ausführungen, konnte man ja weiter folgen, die Offiziere der Marine bis zum Admiral und Staatssekretär heraus lernen dort, daß nachher, wenn sich früher oder später der Hinterruf auf sie herabfällt (große Str.), der Hinterruf nur hingehalten zu werden braucht, um von Tirpitz mit Geld gefüllt zu werden; also brauchen sie eigentlich gar kein Gehalt, sondern müßten auch eine Prämie die Marine drauszahlen. (Große Str.) Gerade die Marineoffiziere hätten alle Verantwortung, die Seizer nicht durch Entscheidung der Zulage von den Kopf zu stoßen. Man wüßte uns vor, daß wir die Mannschaften der Marine mit dem Dienst aufzusuchen machen.

Ab, wir haben das gar nicht nötig. Das belegen schon andere Leute genügend. Ganz fiktiv bedeutet die Entscheidung der Zulage eine Straube ohne Ende. Aber das ist die Sorge der allerjüngsten Zeit müßten als solche Straubungen des Dienstes angesehen werden. So z. B. hat

Prinz Heinrich von Preußen,

der in einem seiner vielen Nebenämter (Str.) und sehr gut b. d. Soz.) auch Großadmiral ist, einen Besuch bei einem internationalen Meeting, dessen Ziel er bestimmt, um eine Straube ohne Ende gegen die Sozialdemokratie zu halten, es scheint also, daß der Herr Großadmiral nicht genügend beschäftigt ist, und als

eine Art Strandbader,

so nennt man ja wohl die unbeschäftigten Flottenliebhaber (Str.), über einen rechten Heberling an freier Zeit verfügt. Selten ist es, daß der Herr Großadmiral ein Interesse des Dienstes für ausreichende Beschäftigung des Großadmirals. (Str.) und sehr gut b. d. Soz. Inruhe rechts. Präsident Graf Schwerin-Zönnig greift nach der Glode. Denn im Interesse des Dienstes dürfen

solche prinzipiellen Wählreden

gerade nicht liegen. Man verheißt nicht nicht falsch. Als Sozialdemokrat habe ich gar nicht dagegen, daß sich Prinz Heinrich

gleich seinem älteren Bruder (des Präsidenten Ringer zuden wieder nach der Glode) als ausgesprochener Agitator für die Sozialdemokratie bewährt. (Recht. Zeit. und sehr gut! b. d. Soz. Inruhe rechts.) Aber als Steuerzahler erliche ich dem Staatssekretär, solchen Nebenberufstätigkeiten der Marineoffiziere entgegenzutreten. (Recht. Zeit. b. d. Soz.)

Herr Erxberger hat eine Infonotenz darin gelesen, daß wir den gesamten Etat, also auch den Marineetat abnehmen, aber Verbesserungen für einzelne Kategorien zu erreichen finden. Herr Erxberger sollte wissen, daß einmal Kosten ein Geld, das eine Belastung gründlich abnehmen und nach das Geld, das sie nicht hindern können, auch erhalten zu verbeizern tradieren. (Recht. Zeit. b. d. Soz.)

Staatssekretär v. Tirpitz: Ich protestiere ganz entschieden gegen die Art, wie der Abg. Ledebour die Anrede des Prinzen Heinrich an seine Regimentsoberin behandelt hat. (Recht. Zustimmung rechts.) Prinz Heinrich hat nichts gesagt, was er nicht sagen konnte. Der Abg. Ledebour hat auch gar kein Recht, als Steuerzahler über den Prinzen Heinrich zu sprechen. (Recht. Zeit. b. d. Soz.) Denn Prinz Heinrich empfängt mehr Pension noch Gehalt von der Marine. Auch die die Parteiliche, die Abg. Ledebour gegeben hat, abtrotzt unrichtig. Herr Erxberger hat die Abg. Ledebour, wer die Anrede zu der Entscheidung der Kriegskosten gegeben hat. Die Frage ist bereits fünf Jahren besprochen worden und jetzt unter dem Druck der Verhältnisse zur Zeit gemindert. Die erste Anrede wurde natürlich nicht gegeben.

Prinzipal wird ein Antrag auf Verlegung angenommen. (Recht. Zustimmung rechts.) Herr Erxberger hat mit dem Wortlaut gemacht, daß ich die Rede des Prinzen Heinrich hier erwähnt habe. Das verheißt ich nicht. Prinz Erxberger hat als Steuerzahler habe ich kein Recht dazu, Prinz Heinrich belomme zu gar kein Gehalt. (Seitens.) Ich habe in meiner Rede keine Zweifel darüber geäußert, daß ich vor allem Zinsen da habe. (Recht. Zeit. b. d. Soz.) Ich habe als Steuerzahler habe ich kein Recht, das was dem Prinzen Heinrich als Gehaltsanteil recht ist, nicht bloß gegen Zinsen, sondern auch gegen den Herrn von Seundis billig. (Präsident Graf Schwerin unterbrechend: Das ist nicht mehr persönlich.)

Abg. Ledebour (fortfahrend): Ich habe unter dem Gesichtspunkt, daß ein solches Gehalt nicht nachgefragt werden konnte, die Rede angesehen, und da haben die Steuerzahler allerdings ein Recht mitzusprechen. Aber selbst wenn man sich auf den Standpunkt stellt, daß der hohe Herr . . .

Präsident Graf Schwerin (unterbrechend: Sie haben in einer persönlichen Bemerkung zu das Recht, etwas richtig zu liegen.)

Abg. Ledebour: Ich habe ja auch bemerkt, daß ich vollkommen im Rechte war. (Große Zustimmung.)

126. Sitzung: Dienstag 1 Uhr. (Fortsetzung der Beratung.)

Schluss 6 1/2 Uhr.

Stadterordneten-Sitzung.

Montag, den 13. Februar 1911, nachmittags 4 Uhr.

Vorstand: Föhring.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erläßt das Wort Oberbürgermeister Dr. Nide zu einer Erklärung betreffs der nachfolgenden Stadterordnetenversammlung im Vollsaal:

... Doch da geraten wir in Konflikt mit Herrn Nide, der es gefiern darauf angelegt zu haben scheint, sein kaum noch vorhandenes Charakterfehlur vor seinen Zeitgenossen aus schaff zu umkreisen. Das ist er dadurch, daß er eine ganz kalte Unwahrheit verkündet. Herr Nide, der Nide, ist ein idiosyncratischer und tritt den höchsten natürlichen Reizen von Halle. Sie haben, das sei hier ausdrücklich wiederholt, die Unwahrscheinlichkeit an öffentlicher Stelle, in amtlicher Eigenschaft getan! Sie haben behauptet, daß am 18. April 1909 im Volkssaal verhandelt habe, daß Herr Nide mit seiner Schwärze gegen die Stadterordnetenversammlung in Halle abgenommen werden sei. Sie hätten dieser Meinung, wenn sie wollten. Und weil sie konnten und trotzdem öffentlich das falsche haben, heißt das leichtfertig mit schwerwiegenden Worten umzugehen! Werken Sie sich das, Herr Nide! — Und dann sagte Herr Nide, daß die Vollgier damals in Halle gewesen, die handlichen Verhandlungen vorzunehmen! Wie wäre der fluge Herr mit dieser letzten Meinung ausgelastet worden, wie würde man sich in der Juristenwelt amüsiere über diese falsche Ansicht, wenn Herr Nide sich dazu verhalten könnte, etwa in der Deutschen Juristenzeitung sein Urteil kundzutun? Seine Kundgebung ist sehr unglücklich, wenn er nicht abgeteilt, wenn der verheißene Redakteur deswegen, weil er sich gegen seine Verabstimmung durch Angabe wegen Preisüberzahlung wechete, einen Denunziation zu nennen! Diese Behauptung ist eine verheißene. Herr Nide ist nicht imstande, die Verleumdung, die er treffen wollte, in dem Falle zu verheißern, denn er selbst abgeteilt in dem unglücklichsten wegen Preisüberzahlung angelegten Verleumdung. . .

Herr Nide bemerkt, daß er nicht die Unwahrscheinlichkeit und auch nicht von einem Redakteur Redakteur gesprochen habe; es habe sich vielmehr um einen Bericht an den Reichsministerpräsidenten gehandelt. Zu einer zweiten Mitteilung übergehend, macht der Stadterordnungsmitglied die Mitteilung, daß der verheißene Stadterordnete der Stadt Halle eine Sitzung zu Ministerberatern anlässlichmedien in Höhe von 1 1/2 Millionen an barem Gelde und außerdem noch das Verheißene Grundstück Wurgarten 45 (früheres Weinrothen) dem Namenrechtlich dem Herrn Nide. Die Sitzung, die einen Gehalt von 1 1/2 Millionen dem Herrn Nide repräsentiert, soll den Namen Verheißene-Stiftung tragen und binnen drei Monaten der Stadt übergeben werden.

Nordberg Föhring dankt dem Oberbürgermeister für die Sitzung und geht dann nochmals auf die Sache ein, die Herr Nide in dem ersten Stadterordnetenmitglied. Des weiteren teilt der Redner mit, daß der Stadterordnete sich auf dem Wege der Verleumdung befindet. Causalquid ist u. a. Zindus, Veitca.

Im Eingänge sind zu erwähnen: ein Schreiben des früheren Protokollführers der Stadterordnetenversammlung, 31 in der, in dem er dem Herrn Nide ein Schreiben mit einer Verleumdung in deren Inhalt auspricht. Hierin ist eine Verleumdung eines politischen Wittenberber von Erhebung ihrer Pension eingegangen. Eine andere Verleumdung von der diegenen Sozialdemokratie betrifft die Regelung der Wohnverhältnisse und Aufhebung der Schuldenkonstruktion. Nide wird in die Tagesordnung eingetragen.

Bestimmung eines Jahresbeitrags zu den Kosten der Viehkonzepte. Nide teilt die Bestimmung mit, daß dem Mannsbierfeld-Regiment Nr. 75 ein Beitrag von 100 Mk. zu den Kosten, welche dem Regiment durch die Platz-

Eduard Graf, größtes Spezial-Geschäft Bettfedern, Betten, Beste und billigste Marktplatz 11. fern. Bezugsquelle. Versand nach ausserhalb. — Verpackung frei. — Fernsprecher 2952. Halle a. S.

